

St. Vith'sche Volkszeitung

Gegründet 1866.

Kreisblatt für den Kreis Malmédy



Generalanzeiger für den Kreis Malmédy

Nutzenkosten die...
Reklamen
Fernsprecher Nr. 21.

27. 55. Jahrgang. Samstag-Ausgabe. St. Vith, 5. April 1919

Die Entschädigung des Reiches für Quartierleistungen u. Requisitionen in den besetzten Gebieten.

Nach den Waffenstillstandsbedingungen muß Deutschland die Kosten des Unterhaltes der alliierten Besatzungstruppen in den besetzten Gebieten und den Brüdern von Köln, Koblenz und Mainz, mit Ausnahme von Elsaß-Lothringen übernehmen. Ein Reichsgesetz ist inzwischen von der Nationalversammlung verabschiedet. Da der Notstand in den besetzten Gebieten jedoch groß ist, wandte sich der Reichstag an die Reichsregierung mit dem Ersuchen, die Besatzungstruppen in den besetzten Gebieten zu entschädigen. Der Reichstag hat dem Ersuchen entsprochen und ein Gesetz erlassen, das die Besatzungstruppen in den besetzten Gebieten zu entschädigen. Der Reichstag hat dem Ersuchen entsprochen und ein Gesetz erlassen, das die Besatzungstruppen in den besetzten Gebieten zu entschädigen.

1. den in Betracht kommenden Gemeinden unbedinglich angemessene Vorschüsse gezahlt werden;

2. die Bestimmungen § 1 b des Gesetzes (wonach auch solche Leistungen vergütet werden, die notwendig waren, um die feindlichen Aufwendungen zu erfüllen) in einer den tatsächlichen Verhältnissen entsprechenden wohlwollenden Weise ausgelegt wird;

3. in den zu erwartenden Ausführungsbestimmungen zum Reichsgesetz verfügt wird, daß die zur Festsetzung der erforderlichen Ersatzleistungen einzusetzenden Kommissionen aus vorzüglichen Persönlichkeiten unter dem Vorherrschen eines Bevollmächtigten des Deutschen Reiches gebildet werden."

In der Begründung dieses Antrages heißt es u. a.: "Die Gemeinden im besetzten Gebiete werden durch die hohen Kosten der Requisitionen und die Vorschüsse auf die Quartierleistungen ihrer Einwohner weit über ihre finanzielle Leistungsfähigkeit hinaus angestrengt. Als Beispiel sei die im Regierungsbezirk Köln gelegene Stadt Euzkirchen angeführt, die bei 13 450 Einwohnern und einem Jahreshaushalt der Stadtkassakasse von 870 000 Mark in der Zeit vom 6. Dez. 1918 bis zum 1. März 1919 über 300 000 Mark für Requisitionen bezahlt und außerdem an Quartierleistungen täglich 1500 Mark zu leisten hat. Unter solchen Anforderungen muß die Finanzkraft der betroffenen Gemeinden im Reize zusammenbrechen. Da nach der Bestimmung des Reichsgesetzes erst nach der Feststellung der Entschädigungsbeträge Zahlung geleistet wird, was unter Umständen lange Zeit dauern kann, ist es unbedingt nötig, daß den Gemeinden schleunigst angemessene Vorschüsse gezahlt werden. Wenn das Reich nicht auf dieses dringende Ersuchen eingeht, wäre zu erwägen, ob nicht durch die Vorschusszahlung ausführt und später mit dem Reich verrechnet."

Weiter wird dann ausgeführt, daß die in dem Kriegsgesetz vom 13. Juni 1873 festgestellten Entschädigungssätze für Quartierleistungen den Anforderungen der Besatzungstruppen, abgesehen von der gewaltigen Teuerung der Wohnungen und aller Gegenstände des täglichen Bedarfs, in keiner Weise entsprechen, weshalb eine wohlwollende Auslegung der oben angeführten Bestimmung im § 1 b nicht mehr als recht und billig sei. Die zu erwartenden Ausführungsbestimmungen zu dem Gesetz vom 2. März 1919 sollen fremde Kommissionen zur Abschätzung der Schäden unter Umgehung örtlicher Sachverständiger versehen. Mit Recht wird zur Begründung der Forderung, daß die Kommissionen in der Hauptsache aus örtlichen oder kreiseingetragenen Persönlichkeiten zu bilden sind, die Befürchtung ausgesprochen, daß durch das Herumreisen fremder Kommissionen die Abschätzung verteuert und verzögert wird und die berechtigten Ortsinteressen falsch beurteilt werden.

Im besetzten Gebiete wird man den Abgeordneten, welche

die Interessen der betroffenen Gemeinden so nachdrücklich in die Hand genommen haben, für ihr Vorgehen dank wissen. Sollte bis zum Wiederzusammentreten der Landesversammlung (am 10. April) noch nichts im Sinne der Antragsteller geschehen sein, so wird die Verhandlung über den Antrag Dr. Heß und Genossen, die alsdann bestimmt erfolgen soll, Selbstenheit geben, die Dringlichkeit einer Hilfsaktion vor dem ganzen Lande öffentlich zu betonen.

Wie groß sind die Weltvorräte?

Es ist von grundlegender Bedeutung, festzustellen, wieviel an wichtigen Rohstoffen und Nahrungsmitteln für den Weltmarkt jetzt verfügbar ist. Nur wenn diese Voraussetzung erfüllt ist, kann man sich in Deutschland davon ein Bild machen, inwieweit die dringenden Bedürfnisse für den Wiederaufbau des Volkskörpers in doppeltem Sinne des Wortes zu befriedigen sein werden. Geheimrat Warburg hat sich im "Tropenpflanzer" der schwierigen Aufgabe unterzogen, die hauptsächlichsten Weltvorräte zu berechnen. Er findet den Vorschlag des Reichsernährungsamtes, das den Bedarf an ausländischen Nahrungsmitteln auf sechs Milliarden Mark veranschlagt nicht zu hoch. Im Vergleich zu den Verhältnissen vor dem Krieg wird voraussichtlich gespart werden an überseeischen Nahrungsmitteln, die keinen oder wenig Nährwert besitzen, wie am Kaffee, ferner an der Fleischzufuhr und besonders wegen der Herabsetzung der eigenen Viehbestände an Futtermitteln. Einschränkungen werden wohl außerdem noch stattfinden an Obst, Süßfrüchten und Wein, vermutlich auch an Gemüse, an Getreide und Eiern und an Molkerei-Erzeugnissen. Die Getreidezufuhr wird sich verändern und wohl auch etwas verringern, weil der Roggen, unser einziges, früher im Ueberfluß erzeugtes und daher ausgeführtes Getreide, durch den Krieg mehr in den Vordergrund getreten ist und nunmehr restlos vom Lande selbst aufgebracht werden wird. Auch wird die Beschneidung der Brennerei und Brauerei den Bedarf an Getreide etwas herabsetzen.

Für den Weizen kommt Professor Warburg zu einem recht günstigen Ergebnis. Während der ganze Weltmarkt an dieser Frucht rund 14 Millionen Tonnen jährlich betrug, sind scheinbar selbst ohne Rußland und die jetzt eben erst eintretenden Ernten in den Ländern der südlichen Halbkugel wenigstens 19 Millionen Tonnen vorhanden. Sogar die vorsichtigsten englischen Schätzungen rechnen mit einem Ueberschuß von 2 bis 3 Millionen Tonnen. Darnach sollte also gerade in Weizen ein Mangel nicht zu erwarten sein. Seltener in Roggen, und die Futtergetreide, Mais und Hafer sind sogar besonders reichlich. Hafer wird übrigens in Deutschland zu gewöhnlichen Zeiten zur Genüge erzeugt.

Weniger aussichtsreich ist legistischweise die Lage der Fleischversorgung. Der Handel mit Geflügel, der allein eine Verschiffung in großen Mengen und auf weite Entfernung gestattet, hat zwar besonders während des Krieges einen erheblichen Aufschwung genommen, ist aber immer noch beschränkt und wird gegenüber dem Genus von frischem Fleisch stets nur einen Nothbehelf darstellen. Wenn aus Australien ein Vorrat von 52 000 Tonnen Geflügel gemeldet wurde, so ist das zwar die Hälfte einer Jahreszufuhr dieses Erdteiles, aber an sich eine unbedeutende Menge. Das Hauptversorgungsgebiet für den Ueberseehandel an Fleisch wird wohl stets Südamerika bleiben, wo Brasilien in den letzten Jahren große Fortschritte in der Viehzucht gemacht hat. Es dürfte wenig bekannt sein, daß Brasilien bereits mehr Vieh besitzt, als das in dieser Hinsicht berühmte Argentinien.

Ein besonders starkes Begehren ist selbstverständlich auf den Bezug möglichst vieler Mengen von Fettstoffen gerichtet. Aber darin erscheint die Lage des Weltmarktes nicht gerade rosig. An Schmalz und ähnlichem werden die Vereinigten Staaten zwar große Mengen liefern, aber den Bedarf nicht ganz decken können, wenigstens nicht vor nächstem Herbst. Eine Hoffnung auf Ergänzung der amerikanischen Lieferungen eröffnet das freilich besonders weit entlegene Neuseeland. Das Hauptbutterland Sibirien ist leider durch den Krieg und die ihm gefolgte Umwälzungen in Erzeugung und Versand derart gestört, daß es wohl lange dauern wird, bis wieder so große Buttermengen wie früher von dort nach Europa gelangen werden. Dafür hat Argentinien seine Butterausfuhr in neuester Zeit stark gesteigert. Käse lagert in größeren Mengen in Südamerika und Australien. Eine Knappheit an Milch wird besonders schwer zu bekämpfen sein, da eine Zufuhr über See wenig gegen sie ausrichten kann, zumal die Herstellung von kondensierter Milch in den überseeischen Ländern noch wenig entwickelt ist. Es ist bedauerlich, daß auch die Vorräte an pflanzlichen Ölen und Fetten als unbefriedigend bezeichnet werden müssen, da die Mächte der Entente während des Krieges zuviel davon verbraucht haben.

Im ganzen genommen würde die Welt demnach bei gerechter Verteilung nicht zu hungern brauchen, müßte sich aber

noch weiterhin auf eine Fettknappheit einrichten. Ein gewisser Trost liegt in einem wahren Ueberfluß an Genussmitteln, sowohl an Kaffee und Tee, wie an Kakao und Tabak.

Zur Lage im Ruhrgebiet.

Die Bergarbeiterverbände gegen den Generalfstreik.

Bochum, 31. März. Die Vorstände der vier Bergarbeiterverbände befaßten sich heute mit der Lage im Ruhrkohlengebiet und nahmen einstimmig folgende Entschliessung an: Die Arbeiterorganisationen müssen als ehrliche Vertragschließende an den Vereinbarungen mit dem Zechenverband festhalten, sind aber nicht Gegner der Sechsstundenschicht, sondern sind der Ueberzeugung, daß diese Schichtverfugung mit Rücksicht auf die allgemeine Einfuhrung des Achtstundentags den Bergleuten unter Tage zukommt. Nur können wir uns nicht davon überzeugen, daß die plötzliche Einfuhrung der Sechsstundenschicht in gegenwärtiger Zeit für die deutsche Volkswirtschaft erträglich ist. Nach den bisherigen Erfahrungen ist die Kohlenförderung immer weiter zurückgegangen und dadurch die Arbeitslosigkeit und wirtschaftliche Not in erschreckendem Maße gestiegen. Darum stehen wir auf dem Standpunkt, daß eine allgemeine Kürzung der Schichtzeit durchzuführen ist und daß vor allem die sechsstündige Schicht für die Arbeiter unter Tage durch die nahe bevorstehenden Friedensverhandlungen international festgelegt werden muß. Wenn einzelne Belegschaften trotz vorstehenden schweren Bedenken die sechsstündige Schicht bereits durchgeführt haben, so können wir an dieser Tatsache nicht ändern, zumal sich ein Teil der Werkverwaltungen, wenn auch unter Vorbehalt, damit abgefunden hat. In den letzten Tagen wird wieder für einen Generalfstreik Propaganda gemacht und dabei behauptet, daß die vier Bergarbeiterverbände denselben anerkannt hätten. Diese Behauptung entspricht nicht der Wahrheit. Im Gegenteil warnen die Bergarbeiterverbände nachdrücklich alle besonnenen Arbeiter, sich an dem Generalfstreik zu beteiligen. Es bedarf auch keiner Gründung einer Bergarbeiterunion, denn die vier Bergarbeiterverbände bilden schon seit langer Zeit eine festgefügte Arbeitsgemeinschaft, welche die Interessen der Bergarbeiter entschieden vertritt.

Die Bolschewismus in Kohlengebiet.

Berlin, 31. März. Ueber die Lage im rheinisch-westfälischen Kohlenrevier erfahren die Politisch-Parlamentarische Nachrichten an zuständiger Stelle: Der Hauptherd des Unruhen ist das Dortmund-Essen-Wittener Revier. Es kommen 50 000 Arbeiter in Frage. Die Führer der Bewegung sind sich völlig darüber klar, daß, wenn die Sechsstundenschicht eingeführt wird, das ganze westliche Industriegebiet an der Arbeit machen würde. Es würden monatlich nur 180 000 Tonnen gefördert werden können gegen 340 000 Tonnen im Oktober 1914. Der wirtschaftliche Beitrag der sogenannten Reinerkommission, die übrigens nur noch aus sechs Leuten besteht, war am Sonntag in Essen zu einer Sitzung versammelt, zu der nur Leute zugelassen wurden, die der Reinerkommission bekannt waren. In dieser Sitzung wurde der Generalfstreik zum 1. April für den ganzen Industriebezirk beschlossen. Der größte Teil der Arbeiterschaft ist dem Streik abgeneigt. Es besteht aber die Befürchtung, daß die Mehrheit sich von der Minderheit wie früher terrorisieren lassen wird.

Kastrop, 31. März. Zu blutigen Zusammenstößen ist es hier gekommen.

Wie die Herner Zeitung meldet, begaben sich heute vormittag Züge von Bergarbeitern aus den Belegschaften der Zechen Teutoburgia, Erin, Idern und Graf Schöer zum Rathaus. Bei einem Zusammenstoß mit der Sicherheitswehr verteidigten sich die Leute dieser Wehr auch mit Handgranaten. Vier Personen wurden getötet und mehrere verwundet. Als die Sicherheitswehr die Straßen zu säubern suchte, fielen auch Schiffe, wobei ein Neugieriger getötet wurde. Nachmittags herrschte wieder Ruhe.

Zur Streiffrage.

Dortmund, 31. März. Im hiesigen sowie im Wittener und Bochumer Revier hat die Ausstandsbewegung der Bergarbeiter noch keine Abwändung erfahren. Auf zahlreichen Zechen werden immer weitergehende Forderungen aufgestellt, so wird verschiedentlich eine 50prozentige Lohnerhöhung, Gewährung neuer Teuerungszulagen von 300 Mark gefordert. Auf denjenigen Zechen, auf denen im hiesigen Revier noch gearbeitet wird, ist überall, wie auch auf zahlreichen Zechen der übrigen Bergreviere, von den Bergleuten eigenmächtig die Sechsstundenschicht eingeführt worden. Die Bergarbeiterorganisationen sind gegenüber der spartakistischen Organisation vollkommen machtlos.

Herne, 31. März. Die Belegschaften der Zechen Sham- und Friedrich der Große sind in den Streit eingetreten, weil die Verwaltung für die von den Bergleuten eigenmächtig eingeführte Sechsstundenschicht nicht den gleichen Lohn zahlen will wie für die 7 1/2-Stundenschicht. Die Belegschaft der Zeche von der Heydt beschloß, an der Sechsstundenschicht festzuhalten, aber bis zum Mittwoch weiterzuarbeiten, um die Entschließung der Zechenverwaltung abzuwarten. Gegebenenfalls will man sich mit der Belegschaft der Hiberniaschächte solidarisch erklären. Eine Belegschaftsversammlung der Zeche Julia in der die Verbeibaltung der Sechsstundenschicht beschloßen wurde, verlangte die Abschaffung der Sicherheitsmehrer. Einen Zuschuß darf (!) die Zechenverwaltung zur Unterhaltung der Sicherheitsmehrer nicht mehr leisten.

Düsseldorf, 31. März. Einen Erfolg bei den Wahlen zum Arbeiterparlament haben hier die Unabhängigen errungen. Fast die Hälfte der 60 Sitze kommt auf ihre Liste. Nach der vorläufigen Zählung erhielten die vereinigten bürgerlichen Parteien und Berufsverbände 26, die unabhängigen Sozialdemokraten und die Mehrheitssozialisten 7 Sitze.

Essen, 31. März. Die gestrige Neuwahl des hiesigen Arbeiterparlament ergab eine bürgerliche Mehrheit. Auf die Liste der nichtsozialistischen Parteien entfallen 16 Sitze, während die beiden sozialistischen Parteien je sieben Sitze erhalten.

Essen, 3. März. Wie die Rheinisch-Westfälische Zeitung meldet, wird der Großindustrielle Hugo Stinnes seinen Wohnsitz von Mülheim-Ruhr in das neutrale Ausland verlegen.

Berlin, 1. April. Heute soll im Ruhrgebiet der von der Vertreterkonferenz der revolutionären Bergarbeiter beschlossene Generalstreik einsetzen. In amtlichen Kreisen in Berlin liegen bis zur Stunde noch keine genauen Mitteilungen darüber vor, ob sich dieser Beschluß der spartakistisch gesinnten Arbeiter verwirklicht hat. Es wird nach den bisher eingetroffenen Nachrichten aus dem Ruhrgebiet an Regierungskreise angenommen, daß es nicht zu einem Generalstreik kommen wird, und daß die Stellungnahme der vier Bergarbeiterverbände, die den Generalstreik ausgesprochen haben, von der überwiegenden Mehrheit der Bergarbeiter mißbilligt wird.

Essen, 1. April. Soweit sich die Lage bis jetzt übersehen läßt, hat die Streitaufforderung der Spartakisten nur geringen Erfolg gehabt. Die größte Zahl der Ausständischen ist im Dortmund und Wittener Bezirk, von wo die Bewegung ihren Ausgang genommen hat. Im Oberbauern Bezirk ist nur die Zeche Vohberg ausständig. Auf den Zechen der Gewerkschaft Deutscher Kaiser und in Hamborn wird überall gearbeitet. In den Bezirken Altdorf, Werden und Hattingen sind die Zechen Gottfried, Wilhelm und Viktoria im Essener Bezirk die Zechen König Wilhelm und Amalie vom Streik betroffen. Auf der Zeche Hertules, wo die Belegschaft gestern ausständig war, ist die Arbeit heute wieder aufgenommen worden, ebenso arbeiten die Belegschaften der Zechen Langenbrunn und Königin Elisabeth.

Essen-Ruhr, 1. April. Soweit sich bis jetzt übersehen läßt, haben die kommunistischen Aufrufe zum Generalstreik bis jetzt keinen Erfolg gehabt; abgesehen von Zechen im Dortmund und Wittener Bezirk, wo der Streik schon einige Tage dauert, auch heute unverändert fortgesetzt wird, ist es bis jetzt nur auf wenigen anderen Zechen zu Arbeitsniederlegungen gekommen. Im Hamborner Bezirk, in dem bisher die Kommunisten den größten Einfluß hatten, sind die Belegschaften bisher dem Aufruf zum Generalstreik nicht gefolgt. Allen Anschein nach ist in der Arbeiterchaft in Hamborner Revier, das die meisten Streiktage im ganzen Ruhrrevier, nämlich 43 von 93 Arbeitstagen in den letzten Monaten zu verzeichnen hatte, eine gewisse Ernüchterung eingetreten. Die Belegschaften der dortigen Zechen sind sich namentlich dahin schlüssig geworden, zunächst einmal abzuwarten, inwieweit es im übrigen Ruhrrevier zum Generalstreik kommen wird.

NZV Herne, 31. März. In Castrop kam es heute laut Herne Zeitung zwischen Demonstranten und der Sicherheitswache zu einem Zusammenstoß, bei dem es fünf Tote und zahlreiche Verwundete gab.

Essen, 1. April. Bei der heutigen Morgenschicht sind die Belegschaften von über 90 Schachtanlagen nicht angefahren.

Essen, 1. April. Die Rheinisch-Westfälische Zeitung demotiert ihre gestrige Meldung, daß der Großindustrielle Hugo Stinnes seinen Wohnsitz ins neutrale Ausland verlegen wolle. Stinnes beabsichtigte allerdings, seinen Mülheimer Wohnsitz zu verlegen, jedoch nicht ins neutrale Ausland zu gehen.

Die Friedens-Konferenz

Die Danziger Frage.

TU Rotterdam, 1. April. Die Nieuwe Rotterdamse Courant berichtet aus Paris, daß der Verband nicht darauf bestehe, Danzig polnisch zu machen. Wie in dieser so auch in der Frage des Saarbeckens werde das Selbstbestimmungsrecht angewendet sein. Allerdings brauche Polen einen Ausweg über Danzig und ebenso hätten die Franzosen die Kohlengruben des Saarbeckens nötig. Man glaube in Paris bereits einen Mittelweg gefunden zu haben, der alle Parteien befriedigen werde. Neuer melbet: Die Lösung der Danziger Frage werde entweder durch Internationalisierung Danzigs und der Eisenbahnlinien, die sich an das polnische Eisenbahnnetz anschließen, oder in der Anwendung des Mandatensystems gefunden werden.

NZV Berlin, 1. April. Reichsminister Erzberger hat den Oberbürgermeister von Danzig und den Ersten Beigeordneten der Stadt eingeladen, ihn zu den über die Landung polnischer Truppen in Danzig zu führenden Verhandlungen in Spa zu begleiten.

Marokko im Friedensvertrag.

Amsterdam, 31. März. Aus Paris wird berichtet: Der Rat der Verbandsminister des Auswärtigen hat einen Ausschuss ernannt, der mit der Aufstellung der Bestimmungen des Friedensvertrages bet. Marokko, beauftragt ist. Der Ausschuss setzt sich zusammen aus Mitgliedern, welche die Ver-

bandsmächte vertreten, die die Algerien-Akten unterzeichnet haben, nämlich Frankreich, England, Amerika, Italien, Belgien und Portugal. Der Friedensvertrag soll die Bestimmungen enthalten, daß Deutschland die allgemeine Algerien-Akte im französischen Abkommen vom 2. Februar 1909 und 4. November 1911 und die Verträge und Abkommen, die außerdem noch zwischen Deutschland und Marokko in Kraft waren, als aufgehoben betrachten muß.

Der Waffenstillstand.

Köln, 31. März. (Franz. Funkenst.) 250 Millionen Franken in Gold sind in einem Sonderzuge von Berlin als Zahlung für die Verproviantierung Deutschlands in Brüssel angekommen.

II. Berlin, 31. März. Die Mitglieder der deutscher Finanzordnung werden heute abend von Spa nach Amiens abreisen.

Köln, 31. März. (Franz. Funkenst.) Nach einem New Yorker Telegramm des Petit Parisien war während der letzten Tage ein großer Meinungsumschwung zugunsten des Völkerbundes im amerikanischen Senat zu bemerken als Ergebnis des von verschiedenen Wählerschaften ausgeübten Druckes.

Aus dem Reich.

Die Parteitage.

Berlin, 31. März. Die Deutsche Volkspartei hält am 13. April ihren Parteitag in Jena ab. Die Deutsche nationale Volkspartei sieht gleichfalls einen Parteitag für die Pfingstwoche vor. Der Parteitag der Sozialdemokratischen Partei wird am 10. Juni in Weimar zusammengetreten. Der Parteitag der Deutschen demokratischen Partei ist für die Zeit vom 17. bis 19. Mai nach Kassel einberufen.

Berlin, 31. März. Wie mitgeteilt wird, beabsichtigt der Präsident der Nationalversammlung, Fehrenbach, während der Osterferien in seiner amtlichen Eigenschaft einen Besuch in Wien zu machen, um dort mit maßgebenden politischen Kreisen in persönliche Fühlung zu treten. Auch eine Anzahl weiblicher Mitglieder der Nationalversammlung will sich nach Wien begeben, um mit den dortigen Frauengruppen und den Frauenverbänden Beziehungen aufzunehmen.

Die Lage der Altpensionäre.

Bei einer Reform der militärischen Pensionsgesetze ist es in Gebot der Gerechtigkeit, auch die Notlage der alten Krieger aus den Feldzügen 1864, 66 und 71 ausreißend zu berücksichtigen. War ihre Versorgung vor dem Kriege schon unzureichend, so ist sie jetzt infolge der ungeheuren Teuerung erst recht geworden. Hier eine wirksame Hilfe eintreten zu lassen, heißt nur eine selbstverständliche Ehrenpflicht erfüllen.

Württemberg und Baden.

II. Berlin, 30. März. Dem Berliner Lokalanzeiger zufolge sind Bestrebungen im Gange, Württemberg und Baden zu vereinigen. Es fanden bereits in Weimar Besprechungen zwischen den Parlamentariern aller Richtungen beider Staaten mit ihren Regierungen statt. Die Besprechungen nahmen einen durchaus günstigen Verlauf.

Berlin, 31. März. Das Tageblatt berichtet, daß die Verhandlungen über die Verwendung des Schlosses in Berlin nahezu abgeschlossen sind. Das Privatgut Wilhelm II. wurde soweit noch vorhanden, in Sicherheit gebracht, da es zu seiner Verfügung bleibt. Das Schloss wird der öffentlichen Beschäftigung freigegeben. Räume von künstlerischem oder historischem Wert sollen unangetastet bleiben, dagegen sollen die sogenannten schmucklosen Räume ausgenutzt werden, u. a. sind die Räume der Berliner Universität für Lehr- und Hörsäle zur Verfügung gestellt worden. In anderen großen unbewohnten Sälen ist die Einrichtung von Kunstausstellungen geplant.

III. Frankfurt, 30. März. Auf den 3. und 4. April ist in Frankfurt a. M. eine Reichskonferenz der Eisenbahnbeamten einberufen worden. Zur Verhandlung stehen die Sozialisierung und Demokratisierung der Betriebe und der Verwaltung, ferner die Fragen des Räteystems und der Gewerkschaften. Die Verhandlungen werden in dem Gebäude der Eisenbahndirektion stattfinden.

Die Sozialisierung der Presse.

München, 31. März. Zur Erörterung der Frage der Sozialisierung der bayerischen Presse kamen, wie angekündigt, auf Veranlassung des Zentralwirtschaftsamtes am Sonntag Vertreter des Zeitungswesens und des Schrifttums sowie der kaufmännischen und technischen Angehörigen des Zeitungsgewerbes im Ministerium für Handel und Gewerbe zusammen, wobei der Leiter des neuen Zentralwirtschaftsamtes, Dr. Neurath, die Notwendigkeit der Sozialisierung der bayerischen Presse darlegte. Es soll zunächst den Presseorganisationen überlassen werden, mit eigenen Reformvorschlägen hervorzutreten.

Generalstreik in Stuttgart.

Stuttgart, 31. März. Der schon lange angekündigte, immer wieder ausgeschobene Generalstreik ist heute ausgebrochen. Um 9 Uhr haben in Stuttgart die Arbeiter der Firma Bosch u. Eisenmann, in Unterföhrheim die Arbeiter der Daillewerke die Arbeit niedergelegt. Viele zogen vor, nach Hause zu gehen, während sich andere auf verschiedenen Plätzen der Stadt und die Daimler-Arbeiter auf den Cannstädter Wiesen versammelten und durch ihre Redner folgende Forderungen aufstellten: 1. Freilassung der politisch Inhaftierten, 2. Aufhebung des Belagerungszustandes und des Verbots von Demonstrationen und Versammlungen, 3. freiem Himmel, 4. Einstellung der anlässlich des Januarstreiks gemachten Genossen, 5. Sofortige Neuwahl der A.-S. Räte auf revolutionärer Grundlage.

Um 10 Uhr wurde, wie man hört, der Telefonverkehr in einem Umkreis von 50 Kilometer und in Stuttgart selbst gesperrt. Gegen mittag hörte der Straßenbahnverkehr auf. In übrigen herrschte in den Straßen Stuttgarts sehr lebhafter Verkehr, der sich bisher in ruhigen Bahnen bewegt. Vor den Be-

bensmittelgeschäften, vor allem den Metzger- und Bäckerläden bildeten sich in den frühen Stunden wieder lange Reihen Kaufstüger. Eine große Anzahl der Läden ist geschlossen. In den städtischen und staatlichen Betrieben, bei der Post und Bahn, wird gearbeitet. Die Wasserleitungen und Gaswerke sind im Betrieb.

Unruhen in Augsburg.

Augsburg, 31. März. In Verfolg der schon gemeldeten Demonstrationen kam es heute nachmittag zu weiteren Unruhen in der Stadt, bei denen u. a. das Gefängnis des hiesigen Amtsgerichts gestürmt und die Gefangenen befreit sowie einige große Lebensmittelgeschäfte und Hotels geplündert wurden. Auch auf dem Börseplatz, wo sich während der Revolution ein umfangreicher Trödelmarkt entwickelt hatte, kam es zu Unruhen. Gegenwärtig finden an verschiedenen Stellen der Stadt Schießereien statt. Offenbar handelt es sich um Marnschüsse der herangezogenen Wachmannschaften. Der Hauptpostamt wurde von der Arbeiterwehr besetzt.

Frankfurt, 31. März. Etwa tausend im Osthafen mit Notstandsarbeiten beschäftigte Leute zogen heute zum Lebensmittelamt, um wegen der ungenügenden Ernährung zu demonstrieren und Brotzulage zu fordern. Während eine Kommission mit dem Direktor des Lebensmittelamtes verhandelte, kirmten die Arbeiter in das Gebäude und konnten nur mit Mühe von Direktor Schmude wieder zurückgedrängt werden. Ein Teil der Demonstranten, etwa 500 Personen, zog zu der Wohnung des Oberbürgermeisters und ließ dort durch eine Abordnung nach Lebensmitteln suchen. Die in der Wohnung des Stabsoberhauptes sorgfältig verborgenen Lebensmittel wurden in Körben herausgetragen und schließlich durch Matrosen in einem Kraftwagen zum Polizeipräsidium gebracht.

Die finanzielle Regelung

der Requisitionen im besetzten Gebiet.

Berlin 31. März. In der Vollziehung vom 29. März überreichte General Nudant eine Note, in der die Entscheidung der Delegierten über die finanzielle Regelung der Requisitionen im besetzten linksrheinischen Gebiet enthalten ist. Danach werden in der britischen Zone Requisitionen direkt von der deutschen Regierung bezahlt. Die deutscherseits vorgestreckten Summen werden der deutschen Regierung gutgeschrieben. In den anderen besetzten Zonen werden Requisitionen von den Besatzungsgruppen aus den Marktbeständen bezahlt, die ihnen von der deutschen Regierung überwiesen sind, und werden auf die Schuld Deutschlands gegenüber den Alliierten in Gegenrechnung gestellt.

In allen Zonen werden die Preise der Requisitionen von lokalen Schätzungskommissionen bestimmt. Solche Kommissionen werden in einer jeden der besetzten Zonen eingesetzt und unterstehen je einem militärischen Bevollmächtigten der alliierten Armeen.

Nach den Bedingungen des Waffenstillstandes stehen die Eisenbahn- und Schiffahrtswege der besetzten Gebiete ebenso wie Personal, Verkehrsmittel und Material für Zwecke der besetzenden Heere uneingeschränkt zur Verfügung des Oberkommandierenden der alliierten Armeen. Es werden jedoch Maßnahmen getroffen, damit die Ausgaben, die durch die Beförderung der alliierten Heere verursacht worden sind, gleichfalls in diese Rechnung einbezogen werden.

Requisitionen von Pferden sind bis auf weiteres nicht befähigt.

Bunkerkohle für amerikanische Lebensmittelschiffe.

Berlin, 31. März. Am 27. März wurde in Spa eine Anfrage Hoovers übermittelt, ob die amerikanischen Lebensmittelschiffe in der Nähe von Hamburg, Bremen oder in der Ostsee, erkl. auch im Kieler Kanal bunkern können gegen Lieferung von Lebensmitteln als Gegenwert. Am 30. März wurde in Spa folgende deutsche Antwortnote abgegeben: Deutschland ist bereit, Schiffe, die der Lebensmittelversorgung Deutschlands dienen, zu bunkern. Dies ist heute in möglich in Bremen und Embden, für die Durchführung in Hamburg und in den Ostseehäfen ist die Freigabe der Küstenküsten für Kohlentransporte Vorbeingung, dann ist das Bunkern in sämtlichen Ostsee- und Nordseehäfen, sowie im Kieler Kanal möglich. Die Verrechnung der Bunkerkohle zum Preis von dreieinhalb Dollars beim heutigen Valutastand und Gehalts auf die Lebensmittelieferungen wird erbeten.

Liman v. Sanders.

Berlin, 31. März. In der Sitzung des Waffenstillstandsausschusses in Spa vom 29. März teilte der Vorsitzende des britischen Ausschusses mit, daß die Angelegenheit des Marschalls Liman v. Sanders der Friedenskonferenz unterbreitet sei und bis zu ihrer Entscheidung keine weiteren Anordnungen getroffen werden können. Ein Kriegsverbrechen gegen den Marschall sei nicht eingerichtet worden. Er befindet sich in Malta, wo er zwei Zimmer im Fort bewohnt und gut behandelt werde.

Blutige Zusammenstöße in Stuttgart.

TU Stuttgart, 1. April. Im Verlaufe des gestrigen Tages kam es hier an verschiedenen Stellen zu Zusammenstößen. In der Moltkekasernen brach zwischen Regimentsgruppen und Spartakiden ein Streit aus, bei dem es einige Tote gab. Bei der großen Infanteriekaserne wurde vom Publikum versucht, einen für das Militär bestimmten Bromwagen zu kirmen, wobei aus der Kaserne geschossen und fünf Zivilisten getötet wurden. In der Ludwigsstraße kam es zwischen einem Zuge Demonstranten und der Sicherheitsstruppen zu einem Zusammenstoß, wobei vier Personen getötet und sieben verletzten. Der Generalstreik ist völlig durchgeführt.

WTB Berlin, 1. April. Wie das 8-Uhr-Abendblatt aus Stuttgart meldet, trieben die Regimentsgruppen nach den blutigen Vorfällen die Demonstranten auseinander, worauf bald die Ordnung wiederhergestellt wurde. Die Stuttgarter Streikleitung hat den Generalstreik für ganz Württemberg proklamiert. Daraufhin hat auch die Führer-

der Württemberger Bischen Gegenstreik zubeugen. Die Lage der Mehrheitssozialistischen Betrieben haben Gruppen jedoch getarnt. Unabhängige und Kon-

II. Stuttgart, öffentliche Anschläge u. Belagerungszustand, Theater usw. m. den. Nach der Straff stellt worden sein.

Unruhen

NZV Frankfurt einer Frau für zwischen der Postgeheimnisse das nahegelegte der Strafe Allen. Auch diese entwaffnet. tag geheiratet hatte, in den Main gemorfen

Befolgen

Berlin, 1. April. Nachrichtenstelle zu belegen über entscheidende statt. Wie es heißt, stand genommen werden für jedes Gesproh Stelle ist man der An auch im Reich viel aphon weit über Gebühr sem Wege hofft man d

NZV Weimar,

Haushaltsausschusses der belungsverordnung von auf Anfrage mit daß 50 000 gewerbliche und Geh. Rat Sering erkl ungefahr die Fläche im Laufe der Jahrhunderte

Bestimmungen

Berlin, 1. April. und Volkshilfen erläßt Bis um Erlass künftigen Staat, Kirche und Schulen, ist den nachstehenden, bezw. nach Erreich Schüler selbst.

1. Soweit nicht bereits Schüler der öffentlichen Lehrplanmäßigen freit sind oder befreit werden der Teilnahme an dem Stellung des Antrags lation, in der die Schüler, bezw. nach Erreich Schüler selbst.

2. Schüler, die von befreit sind, sind auch nicht mit religiösem Charakter 3. Lehrern und Schulen mit Ausnahme angestellten, die aus Gewerkschaften zur Erziehung, ist die Erteilung men, ohne daß sie be oder von den Aufsichtsdiese Lehrer (Lehrerinnen feiern mit religiösem C

4. Die Teilnahme an öffentlichen Veranstaltungen auf freiwillig. Bei organischer bleibt die Ausübung der inhaber späterer Regelungen mit Beginn Kraft. Der Erlass vom 1

NZV Berlin, 31. Neukirch, der bekannt melbet, heute früh im A nung sanft entschlafen.

TU Dresden, 31. kammer wurde der sozia und den 9. November zu gegen die Stimmen alle Ebenso ging ein Zusatz möchte bei der Reichsreg beiden Tage auch für gart Feiertage zu erklären

Berlin, 1. April. einem Sonderzuge 200 die während des Krieges niert worden waren, wozur Begrüßung fanden wie Vertreter der Reichs-Gethow-Worbeck begrüßte sprache. Durch Helferin Antömmlinge sodann in

Berlin, 1. April. trante Kriegsgefangene befinden, werden nach einer Kommission demnachst fr soll über Hamburg erfolge NZB Wilhelmshafen und zwar 106 Offiziere Mannschaften läuft Mon Schiff feuchdenfrei ist.

von 20 000 Mark auf und davon gegangen. — Die Stadt Gonneshaus hat mit den Schürarbeiten zur Gewinnung von Quarz im Honnefer Stadtwalde begonnen. Sie hofft durch die Gewinnung von Quarz eine jährliche Einnahme von etwa einer Million Mark zu erzielen. Die Freunde des Siebengebirges werden diese Verschönerung der Natur dagegen sehr beklagen. — Mit einem allernuesten Trieb geht ein Schwindler in Neufhaus. Er ergaunert sich bei Frauen Geldebeträge unter der Angabe, infolge seiner guten Beziehungen die vom belgischen Kriegsgericht verurteilten Männer loskaufen zu können. Nachdem es ihm gelungen war, Beträge von 600 bis 700 Mark zu erschwindeln, wurde er festgenommen. — Einem Antrag der Zentrumsfraktion entsprechend beschloß das Rheinhölder Stadtverordnetenkollegium mit großer Mehrheit, vom 1. April an die Vermittel für die die Volksschule besuchenden Kinder allgemein und unterschiedslos aus städtischen Mitteln zu gewähren. Es wurden zu dem Zweck 15 000 Mark in den Etat eingestellt. — Als „Morrüben“ wurden in Mainz ganze Waggonladungen Erbsen, Bohnen, Fleischkonserven und andere Lebensmittel nach den Industriegebieten abgeschoben. Vier Waggonladungen dieser Waren sind allein auf dem Bahnhof Iffenbüttel-Giffhorn beschlagnahmt worden. Unter den Hauptdiebinnen befindet sich auch ein Gemeindevorsteher und ein Kreisratsabgeordneter. — In Hannover verhaftete man vier Kinder, die das Land mit falschen Fünzigmarkscheinen überschwemmen. Das Kleeblatt ferner drei Männer und eine Frauensperson, traten als Darlehensvermittler auf. — Auf Grube Götterborn bei Saarbrücken sind zwei Bergarbeiter tödlich verunglückt. Als bei Sprengarbeiten ein Schuß nicht rechtzeitig losging, begaben sich die beiden nach längerer Zeit zu der Stelle, um den Sprengkörper zu untersuchen. Im selben Augenblick krachte der Schuß und richtete die Unglücklichen fürchterlich zu. Der eine war auf der Stelle tot, der andere wurde mit lebensgefährlichen Verletzungen ins Krankenhaus gebracht. — Die Stadt Zweibrücken beschloß ein Millionenprojekt, das die Hochwasserverhältnisse im Hornbachtal innerhalb der Gemeinden Zweibrücken, Trheim, Ernsthofen und Hubschhausen regelt. Mit der Verwirklichung dieses Planes werden umfangreiche Wiesenflächen für Industrie und forstliches Baugelände frei. Etwa 200 Angreiser, 3 Gemeindevorsteher der Staat und der Kreis werden sich in die Kosten teilen. Das Gelände ist 85 Hektar groß, mehr als 300 000 Kubikmeter Erdbewegungen kommen in Betracht.

Haus und Garten.

Zum Frühkartoffelanbau.

Frühkartoffel Saatgut ist in diesem Jahre knapp und ist bei den jetzigen Verhältnissen auf rechtzeitige Zufuhren aus den rechtsrheinischen Gebieten Deutschlands nicht mit Sicherheit zu rechnen.

Anstelle der fehlenden frühen Pflanzkartoffeln können jedoch unter gewissen Voraussetzungen auch Wpflanzkartoffeln anderer Sorten verwendet werden, deren Ernte wohl etwas später, als wie die der frühen Sorten eintritt, jedoch auch dann noch bringen benötigt wird.

Zum Anbau wählt man zweckmäßig nur sonnig gelegene, leichtere und mittelschwere durchlässige Böden, die im Frühjahr schneller abtrocknen und erwärmen, wie schweres festes Land. Die Saatkartoffeln werden am besten sogleich aus dem Keller herausgenommen und in hellen, etwas warmen Räumen gelagert, wo sie bis zum Pflanzen, das bei günstiger Wetter schon von Anfang April beginnen kann, noch etwas vorkäimen können.

Setzt man Pflanzkartoffeln der im Rheinland am meisten angebaute Sorte Industrie um diese Zeit in geeignetes, gut gedüngtes Land, so haben diese bis gegen Anfang August schon so große Knollen entwickelt, daß sie dann ohne Bedenken geerntet und verwendet werden können. L. R. R.

Erinnerung an wichtige Arbeiten. Gemüsegarten: In den Frühbeeten gibt es viel Arbeit. An den warmen Tagen muß bei allen Ausläuten, die zum Auspflanzen ins Freie bestimmt sind, viel geleistet werden; bei warmen Nächten kann sogar Frost stehen bleiben. Bei kühltem Wetter ist besonders bei Salat und Gurken Vorsicht nötig; beide vertragen keine scharfen Temperaturstöße. Alle rüchpflanzenden Saaten von Puffbohnen, Möhren, Zwiebeln, Erbsen, Mohr schnellig nachholen. Anfang April ist die Zeit zum Spargelpflanzen. Kalte Kästen für Kohlensaat usw. anlegen. Sommersalate aussäen; ebenso neue Kohlrabisfolge. Erbbeerbeete reinigen von allen Blättern und mit allem Dünger belegen. Sellerie und Borree verpflanzen. Für Tomatenaussaat hohe Zeit. — Für den Obstgarten erinnert die Wochenchrift „Der praktische Ratgeber im Obst- und Gartenbau“ in Frankfurt a. Oder daran, daß die in Saft stehenden Bäume hinter die Rinde zu pflöpfen sind, an das Abklopfen der mit Fruchtknospen versehenen Bäume, um den Apfelblütenstecher zu fangen. Bei Johannisbeerenknospen aufgebundene Knospen (Milben) abschneiden.

Vermischtes.

Die bevorstehende starke Verteuerung des Reisens. Man schreibt uns: Bereits am 1. April treten neue Tarife im Personen- und Güterverkehr in Kraft, die das Reisen ganz außerordentlich verteuern werden. Die preussische Finanzverwaltung will durch diese Tarifierhöhungen neue Einnahmen in Höhe von 1436 Millionen Mark erzielen, um den Fehlbetrag im Eisenbahnetat von 2222 Millionen wenigstens zu zwei Drittel zu decken. Im Personenverkehr betragen die Zuschläge für die vierte Klasse 25 Prozent, die dritte Klasse 30 Prozent, die zweite Klasse 40 Prozent und die erste Klasse 100 Prozent. Außerdem werden die früher Zuschläge für Schnellzüge erhoben; sie betragen in der ersten und zweiten Klasse bei Fahrten bis zu 75 Kilometer 2 Mark, bis zu 150 Kilometer 4 Mark, darüber hinaus 6 Mark. Für die dritte Klasse betragen die Zuschläge die Hälfte der obigen Sätze. Um den Nachverkehr von den Schnellzügen fernzuhalten, ist der Mindestpreis für Schnellzugfahrkarten für die dritte Klasse auf 5 Mark, die zweite auf 10 Mark und die erste auf 17 Mark festgesetzt. Die billigste Schnellzugsfahr-

karte in der dritten Klasse kostet also mindestens 5 Mark. Auch die Gebühren für das Reisegepäck sind wesentlich erhöht worden. Die Heraufsetzung der Gütertarife beträgt 60 Prozent, dieser Zuschlag wird erhoben vom Normtarif zuzüglich des seit dem 1. April 1918 geltenden Zuschlages von 15 Prozent.

Mit der Einschränkung der Lehrenausbildung wird sich die Kölner Stadterordnetenversammlung in ihrer nächsten Sitzung zu befassen haben. In einer Denkschrift werden die Gründe ausführlich dargelegt, die für eine weitgehende Einschränkung der Lehrenausbildung sprechen und der Vorschlag gemacht, die in Frage kommenden Anstalten von Ostern d. J. an abzubauen. Ihre Wiedereinrichtung wird vielleicht später wieder möglich sein.

Feuerversicherung. Die Provinzial-Feuerversicherungsanstalt der Rheinprovinz richtet an alle Versicherten einen Hinweis auf die während des Krieges gelegerten Preise sowohl in Möbel, Kleider usw., sowie Mehrversteigerung der Gebäude, Fabrikeinrichtungen usw. und daß noch viele Versicherungen unbeachtet und keine Erhöhungsanträge gestellt haben, sei es aus Sparsamkeit, sei es aus Sorglosigkeit. Diese Versicherungen mögen bedenken, daß im Schadensfall die Entschädigung nur nach dem Verhältnis des Gesamtwertes der versicherten Gegenstände zur Versicherungssumme geleistet wird. Wenn nur nach Friedenspreisen versichert hat, kann nicht nach Kriegspreisen entschädigt werden. — Die Geschäftsführer der Anstalt sind zur kostenfreien Auskunft gerne bereit.

Zur Wiedereinführung der Sommerzeit. In diesem Jahre soll die Sommerzeit am 16. April zur Einführung kommen und bis zum 15. September dauern. Die Meinungen über die Zweckmäßigkeit einer Verringerung der Zeitverhältnisse während der Sommermonate sind bekanntlich geteilt. Auch der Zentralrat in Bayern erachtet eine derartige Maßnahme für überflüssig, und zwar in Anbetracht der verkürzten Arbeitszeit der städtischen Arbeiterschaft sowie deshalb, weil die Landwirtschaft von jeder der Sommerzeit ablenkend gegenübergestellt hat. Aus diesem Grunde hat der bayerische Zentralrat bei der Reichsregierung Protest gegen die Wiedereinführung der Sommerzeit erhoben.

Für den freien Lebensmittelhandel. Der Hanse-Bund hat in einem Telegramm an die Reichsregierung gefordert, daß zur sofortigen Verbesserung der Volksernährung es erforderlich sei, dem Handel unverzüglich Betätigungsfreiheit zu geben, damit er mit dem Mittel seines persönlichen Kredits die im neutralen Ausland bereitliegenden Lebensmittel ankauft und einführt.

Weibliche Beisitzer bei den Mieteingangskämtern. Die Heranziehung weiblicher Personen als Beisitzer zu den Mieteingangskämtern ist wiederholt von verschiedenen Seiten angeregt worden. Der preussische Staatskommissar für das Wohnungswesen, Scheidt, hat nunmehr den Regierungspräsidenten in einem Rundschreiben mitgeteilt, daß gegen die Bestellung von Frauen zu diesem Amt keine Bedenken bestehen.

Ein Erinnerungsabzeichen für Kriegsteilnehmer, soweit sie nicht das Eisene Kreuz besitzen, ist der Wunsch vieler. Der Rhythmhäufersbund der deutschen Landwehrverbände hat die Verleihung eines solchen Abzeichens in einer Eingabe an die Nationalversammlung und die Reichsregierung angeregt.

Eine Anleihe der Neutralen zugunsten Deutschlands.

Man schreibt uns: Die holländische Zeitung „Telegraaf“ macht den bemerkenswerten Vorschlag, die neutralen Länder sollten sich zusammenschließen und Deutschland eine Anleihe zu gewähren. Das Blatt geht davon aus, daß auch die Gegner Deutschlands die Notwendigkeit erkannt hätten, Deutschland wirtschaftlich zu unterstützen, um es widerstandsfähig gegen die ganz Europa bedrohende bolschewistische Gefahr zu machen. Aus denselben Gründen hätten auch die neutralen europäischen Länder Veranlassung, Deutschland beizustehen. Holland habe während des Krieges an Deutschland reichlich verdient, es könne daher jetzt dem deutschen Volke Unterstützung gewähren, um seine wirtschaftliche Genesung zu fördern. Ein genügender Pfand zur Deckung der Zinszahlung und Amortisation der Anleihe müßte gewährt werden. Diese Anregung ist sehr beachtenswert; ihre Verwirklichung läge sowohl in Deutschlands Interesse wie in dem der neutralen Länder. Unsere Währung würde dadurch in den beteiligten Ländern eine sehr wesentliche Verbesserung erfahren, und wir wären dadurch in der Lage, den Warenaustausch mit den neutralen Ländern weiter zu entwickeln. Hollands Handelsstatistik zeigt, in welchem Grade der Warenaustausch mit Deutschland im Jahre 1918 zurückgegangen ist. Die Ausfuhr nach Deutschland fiel von 205 Millionen Mark im Jahre 1917 auf 53 Millionen im Jahre 1918. Wir haben also im letzten Jahr nur noch etwa ¼ der Warenmenge des vorhergehenden Jahres aus Holland bezogen. Unser Bedarf an holländischen Waren ist aber auch weiterhin sehr stark. Wir könnten mithin bei einer Befreiung unserer Valuta große Mengen von dort beziehen, wodurch die Holländer in der Lage wären, auch weiterhin ansehnliche Verdienste im Handelsverkehr mit Deutschland zu erzielen.

Handel, Gewerbe und Industrie.

Einfuhrgesellschaft für Getreide und Futtermittel.

Berlin, 1. April. Mit dem Sitz in Berlin (W. 8, Behrenstraße 2) ist diese Einfuhrgesellschaft nunmehr als G. m. b. H. gegründet worden. Ihr Kapital beträgt 600 000 Mark. Gesellschafter sind, und war als Grunder für den Handel ihres Bezirks, Firmen in Königsberg, Danzig, Stettin, Breslau, Oberschlesien, Berlin, Sachsen, Hamburg, Bremen, Rheinland-Westfalen, Mannheim, Frankfurt a. M. und München. Außerdem sind zwei Anteile den landwirtschaftlichen Genossenschaften zugeteilt worden. Der neuen Gesellschaft ist von der Reichs-Getreidestelle und der Reichs-Futtermittelstelle die Übernahme und Weiterleitung von ausländischen Waren, welche der Bewirtschaftung dieser Reichsstellen unterliegen, sowie der alleinige kommissionäre Einkauf die-

ser Waren für Rechnung der Reichsstellen übertragen worden. Alle deutschen Firmen sollen in eigenem Namen von den ausländischen Verkäufern kaufen und an die Gesellschaft für Rechnung der Reichsstellen weiterverkaufen können. Zweigniederlassungen können im Einverständnis mit den Reichsstellen an den deutschen Hauptvertriebsplätzen errichtet werden; man hat solche für Hamburg, Bremen, Duisburg, Mannheim und München in Aussicht genommen. Die Gesellschaft darf keine Geschäfte für eigene Rechnung machen; auf das Kapital darf nur eine Dividende von 5 Prozent verteilt werden, die von den Reichsstellen gewährleistet ist. Die Gesellschaft ist verpflichtet, die Angebote aller deutschen Kaufleute ohne Rücksicht darauf, ob sie Gesellschafter sind oder nicht, in gleicher Weise und unparteiisch zu berücksichtigen. Damit ist ein weiterer Schritt zur Wiedereinschaltung des Handels im Einkauf der wichtigsten Galmfrüchte getan.

Neueste Nachrichten.

DZB Mülheim a. d. Ruhr, 2. April. Bei der Firma T. H. H. u. Co. sind die gesamten Angestellten nach dem die Firma Gehaltsforderungen abgelehnt hatte, heute vormittag 10½ Uhr in den Ausstand getreten. Die Arbeiterschaft übt passive Resistenz. Das ganze Werk wurde stillgelegt.

Kassel, 2. April. Sämtliche Arbeiter der Textilfabriken in Kassel sind wegen Lohnforderungen ausständig. Berlin, 2. April. In der Berliner Metall-Industrie ist der Streik beschlossen worden.

DZB Berlin, 2. April. Die B. Z. am Mittag meldet: Um 10 Uhr vormittags traten die technischen und kaufmännischen Angestellten der Berliner Metall-Industrie in den Ausstand. Die Zahl der Streikenden, unter denen sich alle Angestelltenkategorien befinden, Oberingenieure, Ingenieure, Techniker, Zeichner, Werkmeister, Expedienten, Lohnschreiber und Stenotypistinnen, beläuft sich nach einer ungefähren Schätzung auf über 30 000.

Der Handelsminister unterfragt neue Kohlenverteuerung.

Berlin, 31. März. Nach einer aus Wetzlar hier vorliegenden Mitteilung hat der preussische Handelsminister Fischbeck dem Antrag des Rheinisch-Westfälischen Kohlenhandels, die Kohlenpreise um 20 Mark die Tonne zu erhöhen, nicht zugestimmt. Er hat am gestrigen Tage endgültig erklärt, daß er in Uebereinstimmung mit allen in Betracht kommenden Ressorts die Genehmigung versagen müsse. Für den Fall, daß das Kohlenyndikat trotzdem eine Erhöhung der Preise ohne Genehmigung des Staates vornehmen würde, sähe er sich genötigt, Höchstpreise für Kohlen einzuführen. Die Erklärungen des Ministers richten sich gleichzeitig gegen Bestrebungen auf Preiserhöhung im ober-schlesischen Kohlengebiet.

U. Lugano, 29. März. Während gestern früh um 8 Uhr im Hafen von Venedig der Dampfer San Spiridio zur Abfahrt nach Pola mit 250 Tonnen Benzin und 250 Personen an Bord zur Abfahrt bereit lag, geriet plötzlich das Benzin in Brand. Es folgten mehrere fürchterliche Explosionen. Der Dampfer wurde ganz in Stücke gerissen und Trümmer und Leichname bis auf 1 Kilometer weit geschleudert. Bisher sind 50 Tote und 100 Verwundete geborgen, etwa 100 Personen werden vermisst.

Der Handel zwischen England und dem besetzten Gebiet.

Amsterdam, 31. März. Einer Neutermeldung aus Köln zufolge werden von englischer Seite Schritte getan, um mit dem besetzten deutschen Gebiet sowohl den Ausfuhr- als auch den Einfuhrhandel aufzunehmen. Englische Ware wird in kurzer Zeit in beträchtlichen Mengen eintreffen. Deutsche Kaufleute haben um die Erlaubnis nachgesucht, auf einige Tage nach England zu fahren, um dort Waren zu bestellen.

Für Reisen ins englisch besetzte Gebiet.

Der britische Militärgouverneur hat für Reisen vom unbesetzten deutschen Gebiet nach dem britisch besetzten Gebiet folgende Anordnungen getroffen. Bei dringenden Privatangelegenheiten. Der von den zuständigen Zivilbehörden (Bürgermeister, Landrat) beglaubigte Reiseantrag ist an die zuständige Behörde des Ortes zu übergeben, wohin die Reise beabsichtigt ist. Der Antrag muß enthalten: 1. Beglaubigte Photographie (mit Stempel und Bescheinigung der Zivilbehörde versehen). 2. Beglaubigte Unterschrift des Antragstellers. 3. Gründe der Reise. 4. Adresse einer Person im britisch besetzten Gebiet, wo Erkundigungen wegen des Zwecks der Reise eingeholt werden können. 5. Dauer des Aufenthalts.

Ein Bürgerstreik in Stuttgart.

Stuttgart, 31. März. Infolge des heute verkündeten Generalstreiks der Arbeiterschaft hat ein Bürgerstreik der Bürgerschaft eingesetzt. Die meisten Geschäfte sind geschlossen. Der Eisenbahn- und Postbetrieb sind eingestellt. Seit 4 Uhr ist die Stadt ohne Gas und elektrisches Licht. Das Wasserwerk arbeitet noch.

Dortmund, 31. März. Die Arbeiter des Stahlwerks Hoesch haben heute in einer großen Versammlung die Wiederaufnahme der Arbeit mit überwältigender Mehrheit beschlossen. Infolge mangelhafter Beschilderung des Streiks hat ein Hochofen des Werks so gelitten, daß er stillgelegt werden mußte.

Herne, 31. März. In Rastrop kam es heute laut Herne Zeitung zwischen Demonstranten und der Sicherheitswehr zu einem Zusammenstoß, bei dem es fünf Tote und zahlreiche Verwundete gab.

Er scheint Mittwoch
Samstags mit den
„Güter“ Sonntags
und illustriert. Jan
Bezugspreis
vierteljährlich 1.85
unlere Note. 2.00
den Briefträger ins
bracht 2.03

Fernsprecher A

Nr. 27

Malmö-
Preis-
General-
werden von
sowie in d
genommen
soweit der

— * Kath.
Auf der Carit
feierte der Rapph
Präsidenten und
Paul Cahensly,
raturung zu Roble
Raphaelsvereins
die deutschen Mä
in Koblenz ein R
deutschen gegrü
große Organisa
für die katholis
Caritasverband
gruppen des Car
deutschtum, der
vereinigung kath
band katholischer
lands, der Katho
sions- und Orden
katholischen Aus
Dieser neue
landskatholiken
verbano und d
Berlin, Inselstra
führung des Bes
Die Eröffnung
bald nach Friede
zusehen droht, k
verhandes in W
herreitende Sch
derung für die
Sie hat sich zu
hacohen Post
Vertrauensmänn
sonders in Ueber
neue Einwander
lichen und wirt
Ferner hält sie
übrigen Zentral
deutschtum.
Bevor nicht r
gen der neuen V
ziel- und planb
Die obengen
fortlaufend dar
einer geordneten
entscheidungsvo
nähertraten. M
den, ohne vorher
in Freiburg i. G
straße 13) sich
nung ist um so
scheidensten St
vereine aufzun
rechtigte Zweite
geloben.
Neben dem
Auswanderer Je
evangelischen U
deutsche Ansiebl
a. d. Werra. B
vollen Zusamm
Da der Kapl
wann er in der
Auswanderungs
bei seiner Zent

Aus
Die am t
gehabte Berja
und Kriegs
berichtet, hat
essenen aus S
reien hatten
tende Kamerad
verständlicher
licher Kriegsbo
Drutzgruppe, di
und ehemalger
zur weitesten B
ten sowie der
ungänglich not
er besonders
der Ziele der
rechtigtiger
zu leisten unfa
taum etwas aus

St. Vith Volkszeitung

Erscheint Mittwoch und Samstag mit den Beilagen „Eisener Sonntags-Beilage“ und „Illustriert. Familienblatt.“
Bezugspreis vierteljährlich 1.85 M., durch unsere Boten 2.00 M., durch den Briefträger ins Haus gebracht 2.03 M.

Anzeigen
kosten die Gekaufene Beilage od. deren Raum 20 Pf. Grundchrift: Garmond.
Bei größeren Abchlüssen entsprechende Rabattvergütung.
Redaktion, Druck und Verlag
Germann Doepgen,
St. Vith (Eifel).

Verleger Nr. 21.

St. Vith, den 5. April 1919.

54. Jahrgang

Nr. 27 (Zweites Blatt.)

Bestellungen

auf die
Malmédy-St. Vith-Volks-Zeitung

Kreisblatt für den Kreis Malmédy
General-Anzeiger für den Kreis Malmédy

werden von allen Postanstalten, Landbriefträgern sowie in der Expedition fortwährend entgegen genommen. Die erschienenen Nummern können soweit der Vorrat reicht, nachgeliefert werden.
Der Verlag.

* Katholische Auswandererfürsorge.

Auf der Caritasagung in Koblenz am 6. Oktober 1918 feierte der Raphaelsverein in Gegenwart seines verdienten Präsidenten und Gründers, Geh. Kommerzienrat Peter Paul Gabensly, sein 50jähriges Jubiläum. In der Beratung zu Koblenz wurde beschlossen, die Tätigkeit des Raphaelsvereins zu erweitern und dessen Fürsorge auch auf die deutschen Rückwanderer auszudehnen. Gleichzeitig wurde in Koblenz ein Reichsverband für die katholischen Auslandsdeutschen gegründet dem außer dem Raphaelsverein folgende große Organisationen als Mitglieder beitraten: der Verein für die katholischen Deutschen im Auslande (München), der Caritasverband für das katholische Deutschland, die Frauengruppen des Caritasverbandes für das katholische Auslandsdeutschtum, der St. Josephs-Missionsverein, die Missionsvereinigung katholischer Frauen und Jungfrauen, der Verband katholischer kaufmännischer Vereinigungen Deutschlands, der Katholische Zentralgesellschaften, ferner die Missions- und Ordensgesellschaften, welche an der Arbeit für die katholischen Auslandsdeutschen beteiligt sind.

Dieser neue Reichsverband für die katholischen Auslandsdeutschen hatte beschlossen, zusammen mit dem Caritasverband und dem Raphaelsverein eine Zentralstelle in Berlin, Inselstraße 13, zu eröffnen. Leider wurde die Ausführung des Beschlusses durch die Revolution unterbrochen. Die Eröffnung ist nunmehr für Mai geplant. Da aber bald nach Friedensschluss eine gewaltige Auswanderung einzuzeichnen droht, hat die Freiburger Zentrale des Caritasverbandes in Verbindung mit dem Raphaelsverein vorbereitende Schritte getan, um diese zu erwartende Auswanderung für die Katholiken in gesunde Bahnen zu lenken. Sie hat sich zu diesem Zwecke, soweit dies bei den unterbrochenen Postverbindungen jetzt schon möglich ist, mit den Vertrauensmännern des Raphaelsvereins im Auslande, besonders in Uebersee, in Verbindung gesetzt, um die für die neue Einwanderung in Betracht kommenden politischen, rechtlichen und wirtschaftlichen Vorbedingungen festzustellen. Ferner hält sie Fühlung mit den Reichsstellen und den übrigen Zentralstellen für Auswanderung und Auslandsdeutschtum.

Bevor nicht vollständige Klarheit über die Vorbedingungen der neuen Auswanderung geschaffen ist, muß vor einer ziel- und planlosen Ausreise ernstlich gewarnt werden.

Die obgenannte Zentrale wird die katholische Presse fortlaufend darüber unterrichten. Erst wenn die Möglichkeit einer geordneten Auswanderung feststeht, sollte man dem entscheidungsvollen Entschluß, das Heimatland zu verlassen, näher treten. Aber auch dann sollte kein Katholik auswandern, ohne vorher mit der Zentralstelle des Raphaelsvereins in Freiburg i. Br. (Belfortstraße 20) oder Berlin (Inselstraße 13) sich in Verbindung gesetzt zu haben. Diese Mahnung ist um so notwendiger, weil neuerdings sich in den verschiedensten Städten Deutschlands Auswandererbüreaus und -vereine auf tun, über deren Zuverlässigkeit mindestens berechtigter Zweifel bestehen. Es ist deshalb dringend Vorsicht geboten.

Neben dem Raphaelsverein, der für die katholischen Auswanderer seit mehr als 50 Jahren sorgt, besteht für die evangelischen Auswanderer der evangelische Hauptverein für deutsche Ansiedler und Auswanderer e. V. in Wittenhausen, a. d. Werra. Beide Vereine haben sich zu einem vertrauensvollen Zusammenarbeiten verbunden.

Da der Raphaelsverein, wie gesagt, bekannt gemacht wird, wann er in der Lage ist, zuverlässige Mitteilungen für die Auswanderungslustigen zu machen, sind vorherige Anfragen bei seiner Zentralstelle nicht angebracht.

Aus dem Kreise Malmédy.

* St. Vith, 4. April.

Die am vergangenen Sonntag im Hotel Centen stattgehabte Versammlung von Kriegsbeschädigten und Kriegsteilnehmern, über die wir schon kurz berichteten, hatte einen starken Besuch. Zahlreiche Interessenten aus St. Vith und den umliegenden Bürgermeistereien hatten sich eingefunden. Der die Versammlung leitende Kamerad, ein Kriegsbeschädigter, führte in sehr leicht verständlicher Weise aus, daß der Zusammenschluß sämtlicher Kriegsbeschädigten und Kriegsteilnehmer zu einer Ortsgruppe, die dem Verbande deutscher Kriegsbeschädigter und ehemaiger Kriegsteilnehmer in Berlin angeschlossen ist, zur weitesten Verfolgung der Interessen der Kriegsbeschädigten sowie der Kriegsteilnehmer sehr zweckdienlich und unumgänglich notwendig sei. Seine Ausführungen, in denen er besonders hervorhob, daß für die wirksame Verfolgung der Ziele der Kriegsteilnehmer und die Wahrung derer berechtigter Interessen nur der Zusammenschluß Erprobtes zu leisten imstande sei, und daß da, wo der Einzelne wohl kaum etwas ausrichten vermöge, die Gesamtheit sehr wohl

in der Lage sei, auch die berechtigten Wünsche jedes Einzelnen zur Geltung zu bringen, wurde mit allgemeinem Verständnis entgegengenommen. Ebenso fand sein Appell an diejenigen Kriegsteilnehmer, die mit gesundem Gliedern den Krieg wiedererleben würden, ihre beschädigten Kameraden zu unterstützen, lebhaften Beifall. Die hierauf in Vorschlag gebrachte Bildung einer Ortsgruppe wurde von der ganzen Versammlung willkommen geheißen und hatte ein über alles Erwarten großes Ergebnis; es meldeten sich sofort 118 Mitglieder, die dann auch gleich zur Wahl des Vorstandes, der aus 8 Kameraden besteht, übergingen. (Inzwischen hat sich bereits die Zahl der Mitglieder auf 135 erhöht.) Alle hatten erkannt, daß es auch im Interesse derjenigen, die nicht kriegsbeschädigt sind, liegt, dem Verbandsbeitreten, um bei eventuell sich später bei ihnen bemerkbar machenden Leiden, die auf die Einwirkungen und Strapazen des Feldzuges zurückzuführen sind, bei Geltendmachung ihrer Ansprüche auf tatkräftige Unterstützung des Verbandes rechnen zu können. Aber auch abgesehen davon, kann nicht genug betont werden, daß es Ehrenpflicht eines jeden, nicht kriegsbeschädigten Kameraden ist, der Ortsgruppe bzw. dem Verbandsbeitreten, um so diejenigen in ihren Bestrebungen um Sicherung ihrer Zukunft zu unterstützen, die in treuer Kameradschaft mit ihnen Jahre hindurch Seite an Seite gekämpft und hierbei ihre Gesundheit geopfert haben. „Leicht ist die Kraft des Einzelnen gebrochen; vereinte Kräfte kann man niemals unterjochen!“

(Milderung der Vorschriften über Anwartschaftsverlust in der Invalidenversicherung.) Nach §§ 1280 ff. der Reichsversicherungsordnung erlischt die Anwartschaft, d. h. alle Rechte auf eine Leistung aus der Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung gehen verloren, wenn innerhalb eines Zeitraumes von zwei Jahren, von dem Ausstellungs- oder Quittungsdatum ab gerechnet, bei Pflichtversicherung oder Weiterversicherung weniger als zwanzig, bei Selbstversicherung oder ihrer Fortsetzung weniger als vierzig Wochenbeiträge entrichtet worden sind. Hieraus haben sich Härten ergeben, wenn die Zahl der insgesamt zurückgelegten Beitragswochen eine verhältnismäßig große und nur gerade in der letzten Zeit vor dem Eintritt des Versicherungsfalles die ausreichende Beitragsleistung unterblieben war. Eine Verordnung der Reichsregierung vom 9. Februar 1919 hilft dem ab, indem sie den Anspruch auf Versicherungsleistungen, wenn gleich die vorgeschriebenen zwanzig oder vierzig Wochen nicht erfüllt sind, unter der Voraussetzung aufrecht erhält, daß 75 v. H. der in der Zeit vom Eintritt in die Versicherung bis zum Versicherungsfall (Invalidität, Tod, Vollendung des 65. Lebensjahres usw.) verlaufenen Wochen durch Beiträge belegt sind. Sind also in einem Jahre oder in mehreren Jahren über 39 (u. U. 40) Marken gelebt, so dient der Ueberchuß zum Ausgleich für andere Jahre, in denen die Zahl 39 (oder 40) nicht erreicht ist.

Bermischtes.

(Die Höhe der Erwerbslosenunterstützung.) Nach einer Mitteilung des Demobilisationsamtes beträgt die Erwerbslosenunterstützung für Verheiratete ohne Kinder in Stuttgart 9 Mark, Bremen, Friedrichshafen, Gelsenkirchen, München, Königsberg, Frankfurt a. M. 8 M. Von da an sinken die Sätze bei Hannover auf 7 M., Erfurt 6,50 M., Halle 6,20 M., Steintal 6,50 M., Leipzig und Gotha 6 M. und weiter bis auf 3,25 M. Diejenigen Orte, die mehr als 7,50 M. zahlen, müssen auf Grund der Verordnung des Demobilisationsamtes bis spätestens 1. April eine Herabsetzung der Unterstützungssätze vornehmen. In Groß-Berlin wurden 9,50 M. gezahlt. Dieser Satz ermäßigt sich durch die am 1. März in Kraft tretende vom Demobilisationsamt vorgeschriebenen Höchsthöhe auf 7,50 M. Dieser Betrag wird in Zukunft bei Verheirateten ohne Kinder (für jedes Kind kann 1 M. Zulage gezahlt werden), in ganz Deutschland die Höchstgrenze der Unterstützung bilden.

Ein Schwindler. Der deutsche Generalstabsoffizier im Bridentopf Cöln teilt mit: Bei verschiedenen angesehenen Familien sprach ein Mann vor, der sich laut Visitenkarte als Dr. Guido Bern, Regierungslandmesser, Lt. d. Reg. im Pion.-Batt. 30 ausgab. Er gab an, im Auftrage des 8. Armeekorps freiwillige Spenden für heimkehrende Kriegsgesangene zu sammeln. Er stemmte die Quittungen mit dem Dienststempel des Generalstabsoffiziers des 8. Armeekorps und der Unterschrift eines Oberleutnants. Er behauptet, in Wachen bereits viel Geld eingenommen zu haben. Der Mann ist ein Schwindler und seine Festnahme ist dringend erwünscht. Er trägt einen schäbigen Ueberzieher, ist groß, blond und hat einen kleinen abgeschliffenen blonden Schnurrbart.

Englische Tageszeitung in Cöln. Heute (31. März) erscheint hier die erste Nummer der neuen britischen Tageszeitung The Cologne Post. Ein großer Stab von englischen Offizieren ist als Redakteure von der britischen zweiten Armee zur Verfügung gestellt worden, in deren Auftrag die Zeitung in Cöln gedruckt wird. Sie wird vornehmlich bei den britischen und amerikanischen Besatzungstruppen ihre Verbreitung suchen.

Berlin, 28. März. Verhandlungen mit dem Reichsarbeitsminister Bauer und den Vertretern der Bergarbeiterverbände führten zu dem Ergebnis, daß die 7-Stundensicht vom 1. April ab eingeführt werde.

Der Achtstundentag. Auf eine Anfrage des Abg. Bögler (Deutsche Volksp.) ist von dem Reichsarbeitsminister Bauer folgende Antwort eingegangen: Die Reichsregierung ist bereit, darauf hinzuwirken, daß in die bevorstehenden Friedensverträge eine internationale Vereinbarung

über die Einführung der regelmäßigen achtstündigen Arbeitszeit für die Arbeiter und industriellen Betriebe aufgenommen wird.

Der Ehrensold für 1870/71. Die Zentrumsabgeordneten Busch, Dr. Sager, Dr. Heß, Marx, Schilling und Genossen haben mit Unterstützung der ganzen Fraktion in der Preussischen Landesversammlung den Antrag eingebracht, bei der Reichsregierung dahin vorstellig zu werden, daß der Ehrensold der Kriegsveteranen von 1870/71 von 180 M. den Zeitverhältnissen entsprechend erhöht wird.

(Woher stammt das Wort Offizier?) Das Wort Offizier hat eine interessante Entwicklung durchgemacht. Zum ersten Male taucht es im 16. Jahrhundert auf. Es ist gebildet aus dem mittellateinischen Officiarius, womit zu damaligen Zeiten keineswegs der Begriff einer militärischen Würde verknüpft war. Officiarius war vielmehr jener, der ein „Officium“ inne hatte, d. h. irgendein weltliches oder geistliches Amt. Das noch zu Ende des 16. Jahrhunderts allgemein unter einem Officiarius, in der mittelalterlichen deutschen Form auch Offizier genannt, ein Beamter verstanden wurde, geht aus einer Bemerkung in dem damals viel gebräuchlichen Reisebuch von Gruninger hervor, wo es bei der Beschreibung der Notre-Dame-Kirche in Paris heißt: „Zur Kirche Notre-Dame in Paris gehören 50 thurmherren, 140 capellan, ohne viel andere officier.“ Auch ist uns aus dem 17. Jahrhundert eine Anekdote des Dichters Zinogref erhalten, in der er einen spanischen Beamten als einen solchen bezeichnet, wie man sie „jegunder à la mode Officier heisset“. Daraus geht also mit Deutlichkeit hervor, daß zunächst der Begriff des Offiziers viel weiter gezogen war als heute, vor allem sich durchaus nicht nur auf militärische Verhältnisse bezog. In Frankreich wurde zum ersten Male das Wort Offizier auf eine rein militärische Dienststellung übertragen, und von Frankreich aus hat das Wort in seiner heute gebräuchlichen Begriffseinschränkung zunächst Eingang in die deutsche Sprache gefunden. Im dreißigjährigen Kriege bezieht sich das Wort aller weiteren Bedeutung entkleidet und findet sich nur noch als militärische Rangbezeichnung bei uns, wie es denn auch allmählich in alle anderen Armeen einbrang. Diese Erscheinung hat sich dann des öfteren wiederholt. Wir haben, was auch erklärlich scheint, wenn man bedenkt, daß die französische Armee in damaliger Zeit die militärisch bestorganisierte und ausgebildete war, aus der französischen Heeresprache vielerlei Bezeichnungen entnommen, um sie auf analoge Verhältnisse in unserer Heere zu übertragen. Es genügt hier auf Dienstgradbezeichnungen hinzuweisen, wie General, Major, Sergeant und andere mehr. Auch Italien hat manchen Beitrag zu unserer Armeesprache geliefert, so ist z. B. unser Wort Leutnant italienischen Ursprungs und aus dem Wort loco tenente, was soviel wie Stellvertreter bedeutet, entstanden. Die Franzosen bildeten dies Wort dann zu Lieutenant um, in welcher Form es auch bei uns Eingang fand. Ein weiteres Beispiel liefert der Grenadier. Heute weißt nichts mehr darauf hin, daß mit dieser Bezeichnung in Italien ursprünglich ein Handgranatenschleuderer gemeint war, nur aus der älteren deutschen Form Grenadier läßt sich seine ursprüngliche Bedeutung noch erkennen. Hatte unsere Armee soviel fremdsprachliche Elemente in sich aufgenommen, so hatten wir andererseits doch eine ganze Reihe von Bezeichnungen militärischer Grade, die rein deutschen Ursprungs sind. Hierhin gehören: der Oberst, Hauptmann, Rittmeister, Fähnrich, Feldwebel und Gefreiter.

Handels-Nachrichten.

Einheitliche Organisation der deutschen Industrie. Von den „Spitzenverbänden“ unseres Großgewerbes, dem Bund der Industriellen und dem Zentralverband Deutscher Industrieller, war am 4. Februar in Jena beschlossen worden, sich zu einer einheitlichen Organisation der deutschen Industrie zu vereinigen. Der Aufbau dieses Reichsverbandes der deutschen Industrie ist, wie man berichtet, im Gange. Als eine Gesamtorganisation des Großgewerbes wird er in Zukunft sämtliche Industriezweige einschließen vertreten; zu erwarten ist, daß auch die vereinigten Arbeitgeber-Verbände sich zur Gemeinschaftsarbeit mit dem „Reichsverbande“ anschließen werden. Die Fachverbände sämtlicher Industriezweige werden gegenwärtig in planmäßig aufgebaute Fachgruppen zusammengeschlossen, deren jede eine leistungsfähige und zentralisierte Vertretung eines bestimmten Industriezweiges bildet. Neben diesen sollen die örtlichen und landschaftlichen Organisationen der deutschen Industrie innerhalb des Reichsverbandes wirken.

Ämtliche Bekanntmachungen.

Bekanntmachung.

Der Herr britische Ortskommandant hier selbst hat jeden unerlaubten Möbelwechsel verboten, das heißt: Möbel aller Art dürfen nur mit Genehmigung des Herrn Kommandanten von einer Wohnung in die andere befördert werden. Uebertretungen werden streng bestraft.
St. Vith, den 2. April 1919.

Der Bürgermeister:
Bongaerz.

Schöne Wohnung

(3 Zimmer) in Ortschaft in der Nähe von St. Vith an ruhige Leute zu vermieten. Wo, sagt die Exped. d. Bl.

Eifelkarten

coloriert, vorrätig in der Buchhandlung d. Zeitung, Geddingstraße 145.

Bekanntmachung.

Am Montag, den 7. April 1919,
nachmittags 2 Uhr,
wird in der Wirtschaft Edmund Schend, hier selbst,
ein Teil der städtischen Parzelle Gemeinde St. Vith,
Flur 7 Nr. 1024/429, wie die Dertlichkeit denselben
darstellt, bisher von dem Anstreichermeister Karl
Bous gepachtet, öffentlich an den Meistbietenden
verkauft. Die zum Verkauf kommende Parzelle ist
ungefähr 7 ar groß, Weiter werden in dem ge-
nannten Termin die städtischen Parzellen Flur 7
Nr. 1042/429 und 930/428, groß 14,11 ar, in 3
Losen,
die an Ort und Stelle vor dem Verkauf eingesehen werden
können, ebenfalls an den Meistbietenden verkauft. Die
sämtlichen Parzellen sind gelegen am sogenannten „Graben“
hintern Amtsgericht und an der Roberstraße.
Der Verkauf der Parzellen erfolgt durch den hiesigen
Notar, Herrn Justizrat Dominid. Die Verkaufsbedingungen
werden im Termin bekannt gegeben. Nach dem Verkauf
wird eine amtliche Vermessung der betreffenden Parzellen
stattfinden.
St. Vith, den 29. März 1919.

Der Bürgermeister:
Bongartz.

Grundstücks-Versteigerung.

Am Mittwoch, den 9. April,
2 Uhr mittags,

läßt Herr Kaspar Schneider in Braunlauf folgende
Grundstücke gegen Zahlungsausstand versteigern.
Weide, „Babelswiese“, Wiese, „im Biesfeld“,
Acker, „am Kreuzchen“, Weide, „im Seng“.
Treffpunkt: Vereinshaus Braunlauf.
Gelberheber: Kreilmann, St. Vith.

Der Notar:
Justizrat Dominid.

Freiw. Haus-, Grundstücks- und Vieh-Versteigerung.

Montag, den 14. April d. J.
nachmittags 2 Uhr,

lassen die Erben des verstorbenen Herrn Nik. Baur in
St. Vith in der Wirtschaft Schend
ihr daselbst an der Rathausstraße belegenes gut-
erhaltenes Wohnhaus, in dem seit Jahren eine
gutgehende Metzgerei betrieben wurde, mit kompl.
Ladeneinrichtung und Schlachthaus, neue Scheune
und Stallung, sowie ihre Grundstücke an der Mai-
lust, am Viehmarkt und an den Gerbereien
öffentlich meistbietend gegen Zahlungsausstand versteigern.

Dienstag, den 15. April d. J.
vormittags 11 Uhr,

läßt Herr Josef Pip, hier, an seiner Wohnung
fünf Pferde (mittlern und schweren Schlages), einen
schweren Spannochen, zwei vierjährige Spann-
ochsen, einen Stier, drei trachtige Kühe, zwei frisch-
melkende Kühe, eine Weide-Kuh, ein trachtiges
Schwein; einen Schlitten, einen Ackerwagen, zwei
Geschäftswagen, ein Breat, ein Halbverdeck, zwei
Reitfädel, eine neue Nähmaschine, eine Zentrifuge,
einige kompl. Fahrräder, drei kompl. Betten, diverse
Bettstellen, einen Kultivator, zwei Häubigen, Pferde-
und Ochseneschirre, Haus- und Ackergerät aller Art
gegen Zahlungsausstand und Bürgschaft versteigern.
St. Vith, den 1. April 1919.

Kreilmann.

Mobilar- und Immobilien-Versteigerung zu Wallerode bei St. Vith.

Am Samstag, den 12. April d. J.,
vormittags 11 Uhr,

lassen die Geschwister Peter Kringels in ihrem Wohn-
hause zu Wallerode
ihr sämtliches Mobilar- und Immobilien-
Vermögen, bestehend in Hausmobilen
aller Art und 2 Pferden, sodann Wohn-
haus mit Scheune und Stallung mit
Garten und Pesch, sowie 20 Morgen,
teils Ackerland, Wiesen und Waldung
durch den Herrn Notar Justizrat Hauth unter günstigen
Bedingungen öffentlich und eigentümlich versteigern.
Auch kann das Ganze zusammen im Termine erworben
werden.
Wallerode, den 10. März 1919.
Der Gelberheber: Baur.

Die unterzeichneten Stellen nehmen Zeichnungen auf die
neue
4% Aachener Stadtauleihe
19. Ausgabe,
— 10 Jahre unkündbar —
zum Originalkurs von
94 1/2% speisefrei

entgegen.
Aachener Bank für Handel und Gewerbe,
D. Baumgarten jun.,
Deutsche Bank, Filiale Aachen,
Dresdener Bank in Aachen,
Joh. Dhlischlaeger, G. m. b. H.,
A. Schaaffhausen'scher Bankverein A.-G., Filiale Aachen,
Städtische Sparkasse, Aachen.

Weidetiere

aller Art versichert man vorteilhaft gegen alle
Verluste durch Diebstahl, Blitz, Unglücks- oder
Todesfälle sowie Abschachtung auf der Weide bei der
„Halensia“ gegründet
1888
Viehversicherungsgesellschaft a. G. zu Halle a. S.
Feste Prämien. Keine Nachzahlungen.
80% Entschädigung.
Bisher weit über 5 Mill. Mark entschädigt!

Zahlreiche Empfehlungen von allen Seiten —
Vertragsgesellschaft mehrerer Landwirtschaftskammern
Ferner: 1. Versicherung tragender Stuten, einschl.
Loibesfrucht, Hengste u. Bullen. 2. Viehlebensver-
sicherung von Pferden, Rindern u. Schweinen. 3. Er-
gänzungsversicherungen unzureichender Ortskassen.
Auskünfte u. Besuch kostenlos. Man wende sich an:
die Subdirektion für Rheinland und Westfalen:
Hans Walther,
Köln, Zülpicher Platz 7. — Fernspr. A 8496.

Weitere Vertreter u. Reisebeamten überall gesucht

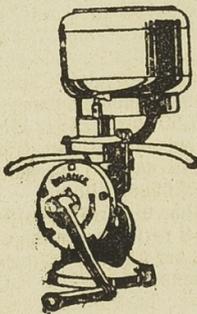
HERMANN DOEPGEN Buchdruckerei

St. Vith

Anfertigung von Drucksachen
für den
privaten, geschäftlichen und amtlichen Bedarf.
Druck von Broschüren und Statuten.

Spezialität:
Visitenkarten, Verlobungs- und Vermählungs-
Anzeigen.
Trauerbriefe, Totenzettel, Danksagungskarten.

Auf schnelle und saubere Ausführung wird
ganz besonders geachtet.
Mässige Preise.



Haus- u. landw. Maschinen und Geräte, Eisenwaren.

Mähmaschinen, Sämaschinen, Gabelheuwender,
Drehmaschinen, Göpelerwerke, Häckselmaschinen,
Wannmühlen, Milchmaschinen, Nähmaschinen,
Waschmaschinen, Waschkessel u. Wannen, Feder-
zahnkultivatoren, Kartoffelmaschinen, Sortierer
u. Quetsche, Rübenschnitzer, Dezimal-, Tafel-
und Wirtschaftswagen, Jauchgefässer u. Pumpen, Herde
und Viehkessel, Eggen und Pflüge, Butterfässer
und Rüssel, Mangelmaschinen, Leiterwagen
und Treppen, Badewannen, Mülleimer, Zink-, Blech-
und Emaillewaren, Haus- und Küchengeräte,
Geldschränke und Kassetten, Del und Ersatzteile.
Leuchtige Vertreter gesucht.

G. Bet. Scholzen, St. Vith
Mühlenbacherstraße 74.

Pferdekarre

zu verkaufen. Wo, sagt die
Geschäftsstelle d. Bl.

Braves properes Mädchen
gegen guten Lohn u. Behand-
lung sowie gutes Essen gesucht
von Chr. Distelkamp, Bahn
b. Köln, Hauptstraße.

Dresdner Bank Geschäftsstelle Malmedy.

Aktienkapital und Reserven 340 000 000 Mark

Ausführung aller bankmässigen Geschäfte.

Konto-Korrent-Verkehr. Eröffnung von Scheck-
und Depositen-Rechnungen. An- und Verkauf,
sowie Aufbewahrung von Wertpapieren. An-
und Verkauf ausländischer Wechsel. An- und Verkauf
ausländischer Noten und Geldsorten. Ausstellung
von Reise-Kreditbriefen auf das In- und Ausland.
Vorschüsse auf börsengängige Wertpapiere.
Annahme von Geldeinlagen zur Verzinsung
je nach Kündigung und Vereinbarung.

Zur Hebung des bargeldlosen Verkehrs

empfehlen wir von der hierfür bei uns getroffenen Ein-
richtung durch Eröffnung eines provisionsfreien Scheck-
Kontos Gebrauch zu machen. Auf diesen Konten vergüten
wir Zinsen, sodass der Einleger, der sonst das Geld zinslos
zu Hause liegen hat, sogleich in den Genuss von Zinsen
tritt und auch seine Rechnungen und sonstigen Verbindlich-
keiten durch Schecks, die wir in verschiedenen Arten zur
Verfügung stellen, einfacher und bequemer begleichen kann,
als durch Barzahlung.

A. LELOUP DENTIST MALMEDY

Steinbachstr., Telefon Nr. 56

Tapeten
nur feinste Muster in allen
Preislagen versendet
Bruno Hermans,
Euskirchen Bild.
Man verlange Musterbuch.

Stengit

zum Decken fremder Stuten
für den Kreis Malmedy zu-
gelassen.
Deckpreis 10 Mark.
Renmann, N.-Ermels.

Dienstmädchen, welches melken kann, gesucht.

Josef Weg,
Dutremarche, Post Sourbrodt.

Mädchen, gleich welchen Alters, in kleine Haushaltung mit Viehwirt- schaft (2 Kühe) gesucht.

Auskunft in der Geschäfts-
stelle dieser Zeitung.
Gesucht zuverlässiges, sauberes

Mädchen, für 15. April.

Fran Leo Lepique, Sohn,
Malmedy, Neustraße.

Kräftiges Mädchen, welches gut melken kann, für Hausarbeit gesucht.

Sch. Meurer,
Cornelinimünster, Klaus.

Junge

von 16—18 Jahren gesucht.
J. Weg, Landwirt,
Dutremarche, Post Sourbrodt.

Mann

sucht Stelle auf kleinem Gute.
Suchender steht mehr auf gute
Behandlung als auf hohen
Lohn. Auskunft erteilt die
Expedition d. Bl.

Ackerknecht

für sofort gesucht.
Servais-Häweler,
Géromont-Malmedy.

Zur Kinderkommunion



in schöner Auswahl
vorrätig in der
Buchhandlung d. Ztg.,
Heckingstrasse 145.

Auf Wunsch wird Name und
Widmung gratis eingedruckt.

Eichen- und Fichtenlohrinde

kaufe jedes Quantum u. zahle
Höchstpreis bei vollen Waggon-
ladungen franco Waggon be-
liebiger Bahnstation.
Auch kaufe jedes Quantum in
Eichen- u. Nadelgrubenholz
mit und ohne Rinde, von 4 cm
Durchm. und beliebig starker,
in Stempel geschnitten.
Wilhelm Straßer,
Bensberg.

Junges kräftiges Fohlen,

6 Monate alt, steht zu ver-
kaufen bei
Peter Thannen,
Recht (Eifel).

Osterwunsch!

3 junge Herren in gesicherter
Lebensstellung im Alter von
24 bis 30 Jahren suchen
wegen Mangel an Damen
bekanntschaft auf diesem We-
ge 3 junge Damen zwecks spä-
ter Heirat kennen zu lernen. Ge-
wöhnlich erwünscht. Offen-
bar, womöglich mit Bild, mit
Aufschrift „Osterwunsch“ an
die Exped. d. Bl. er-
wünscht.
Verschwiegenheit Ehren-
pflicht.

Heiratsgesuch

4 junge Herren möchten
4 junge Damen im Alter von
18 bis 25 Jahren zwecks
späterer Heirat kennen zu
lernen. Offerten mit wo-
möglich mit Bild an die Ge-
schäftsstelle d. Ztg. erbeten.
Verschwiegenheit Ehren-
pflicht.

St.

erscheint Mittwochs und
Samstags mit den Beilagen
„Eifel Sonntagzeitung“
u. „Industriellen Familienblatt“.
Bezugspreis 1.50 M., durch
die Post 1.68 M. vierteljährlich
12.00 M. Druck u. Verlags-
Hermann Doepgen
St. Vith (Eifel).

Nr. 28.

Der Kronprinz

Berlin, 3.
Berichterstattung
Laden de seine
gen mit dem K r
Der Kronprinz so
Selbstverständ
man verwechselt d
land müsse zum K
Krieg herbeizufüh
den Krieg zu woll
— zu einem Zeit
sch hatte. Wenn
ausrichten wollen
land mit den Bu
japanischen Krieg
wollte? Wer der
hinausgereift ist
was andere Völk
wusste, daß sie sich
Mann über den
man sich ein, man
schloß die Augen
halb, weil wir sich
achen, nein, weil
paganda bewilligt
ren: Der deutsche
einen Betrag von
der russische Gesa
bel. Und als wir
sen, Propaganda
ren. Uubend
haben Jahre
Man kann nicht
90 000 Mann der
Abwehr, erfod
eine Lüge sein d
sch in meinen G
rückichtslos Ene
konstant vor
sind, wenn es a
ankommt, die al
gen Krieg zu sie
gen Zeitraum der
senbahnen bis zu
Neberanstrengung
zum Zusam
tomobilist und h
süßte. Deutschlan
man mit einem
Jahre hindurch
Eines jändern
nung zusammen.
1. Garde-Divisi
nabest, die m
mit schweren Be
In der ersten L
tion brauche mit
Kräften zu tom
Befehl da, sie n
Das heiße noch
angriff bis auf
Der Kaiser hör
tag beim Gene
wort: „Mein E
dorff sprang auf
Kaiser in Grund
zu Erde gespro
daß solche Ding
breitet werden.
spricht. Ich ver
biete begrenzt, d
unsere Dispositi
wird an dem v
kommen. Wir g
auch andere Tr
Ereignisse begni
bringen keine g
deutsche Heer.
liche zu leisten.“
Wie der Be
einen Gib dafür
da m niemals #